

V-01-Neu-183-2 Für eine moderne und menschenrechtsorientierte
Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand
Beschlussdatum: 15.06.2023

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 183 bis 185:

~~Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission setzen wir uns daher für Verbesserungen ein, etwa für den besseren Schutz von Familien mit Kindern und verpflichtende Verteilung.~~

Im weiteren Trilogverfahren fordern wir die deutsche Bundesregierung als größten europäischen Mitgliedsstaat auf, ihren Einfluss zu nutzen und wirkliche Verbesserungen für die Menschen an den Außengrenzen zu erreichen.

Als Grüne machen wir unsere finale Zustimmung von substantiellen Verbesserungen wie der grundsätzlichen Ausnahme von Kindern und Familien aus dem Grenzverfahren, einer verpflichtenden Verteilung von Geflüchteten, sowie der Verhinderung von Haft und Lager an den Außengrenzen und einer vollumfänglichen inhaltlichen Prüfung eines jeden Asylantrags abhängig. Es darf zudem keine Verpflichtung zu Außengrenzverfahren geben.

Wir fordern die Grünen Minister*innen in der deutschen Bundesregierung dazu auf, ihre Zustimmung zum Trilogergebnis von diesen Verbesserungen abhängig zu machen. Insgesamt erwarten wir eine Verbesserung der Menschenrechtsslage und eine konsequente Einhaltung der Kinderrechtskonvention.